

Dresdner Volkszeitung

Verlagsbüro: Dresden, Linden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. K. Arnold, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Frangobriefe monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Sonn- und Feiertag 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Sonn- und Feiertag 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Originalne Nonpareilzeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 3-spaltige Reklamezeile 21,00 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 1 M.

Nr. 118

Dresden, Montag den 22. Mai 1922

33. Jahrg.

Der Kampf um die Volksernährung

Die deutschnationale Preisbege

Von den Agrariern wird augenblicklich ein scharfer Kampf gegen die spärlichen Reste der Zwangswirtschaft geführt. Man will von einer Wiederholung der Getreideumlage in diesem Jahre nichts wissen, trotzdem, oder gerade weil man die Erhaltung gemacht hat, daß bei jeder Wirtschaft die Preise ganz gewaltig in die Höhe kletterten. Als die Zwangswirtschaft nach herrschte, haben die Agrarier und Händler dem Volke weisen wollen, daß alles schön und gut würde, wenn einmal die staatliche Bewirtschaftung aufhörte, und nur auf viele sind darauf herein gefallen.

Es ist eingetreten, was jeder, der die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge kennt, voraussehen mußte: für die Preise der landwirtschaftlichen Rohstoffe sind im wesentlichen die Weltmarktpreise maßgebend geworden. Da der Dollar in dem letzten Jahre so stark in die Höhe gegangen ist, und damit auch die Preise der ausländischen Rohstoffe, sind auch die Inlandpreise gewaltig gestiegen und die Landwirte haben dadurch Millionen und aber Millionen verdient. Die Deutsche Tageszeitung bringt es fertig, die lächerliche Behauptung aufzustellen, daß die Landwirte die Weltmarktpreise gar nicht haben wollen, aber die Börsennotierungen zeigen, daß praktisch nur unbedeutende Differenzen zwischen dem Ausland- und Inlandmarktpreisen bestehen. Es wurden zum Beispiel in Chicago in der zweiten Maiwoche für eine Tonne Roggen 11,572 M. gezahlt, während der Preis in Berlin 10,500 bis 10,600 M. betrug.

Wie es mit den Kartoffeln steht, ist ja auch den Verbrauchern nur allzu gut bekannt. Eine Einfuhr kommt zwar nicht wesentlich in Betracht, da aber Kartoffeln vor allen Dingen als Futtermittel dienen, gibt natürlich der Landwirt keine Kartoffeln bei freier Bewirtschaftung nicht ab, wenn er nicht mindestens so viel erhält, daß er die entsprechenden Mengen ausländischer Futtermittel kaufen kann. Das Treiben nichtskölicher Händler sowie die leider nicht unberechtigten Forderungen der Konsumenten vor einem bössigen Verlangen der Kartoffelverwertung, die zu Angstfällen führte, haben dazu beigetragen, daß uns unerträglich hohe Kartoffelpreise beschert wurden, und darüber, wie es mit der Futtermittelversorgung aussieht, braucht hier kaum mehr ein Wort verloren zu werden.

Die Sozialdemokratische Partei hat, wie bereits gemeldet, im Reichstag eine Anzahl Anträge gestellt, die eine bessere Sicherung der Volksernährung im kommenden Jahre bezwecken sollen. Unsere Forderung ist eine Erhöhung der Preise des Getreides, das zu einem festen Preise abgeteilt werden muß, auf 4 1/2 Millionen Tonnen, Sicherstellung der Futtermittelversorgung durch Lieferungsverträge, für die der Erzeugniszwang gesetzlich festgelegt ist, und Wiedereinführung der Zerbewirtschaftung.

Es versteht sich von selbst, daß die Agrarier Gist und Salz speien, weil ihnen die Sozialdemokratie die Möglichkeit, die Bevölkerung in unbeschränkter Weise auszunutzen, beabsichtigt. Es wird behauptet, die Getreideumlage bedeute eine gewaltige Extrafsteuer für die Landwirtschaft. Man winge die Landwirte, da sie für das Umlagegetreide nicht die vollen Marktpreise erhalten, dem deutschen Volk ein Gewicht von vielen Millionen zu machen.

Die Landwirte sind von den Nöten der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht entfernt in dem Maße betroffen worden wie die Stadtbevölkerung. Während die Massen in den Städten hungern mußten, haben sich die Landwirte reichlich leisten können, und während die Arbeiter, Angestellten und Beamten zum großen Teil nicht das nötige Geld haben, um die notwendigen Kleidungsstücke zu kaufen, und ihre Kinder oft kaum ein ganzes Hemd auf dem Leibe haben, füllen sich die Schränke und Kästen vieler Landwirte mit Geld, wenn es auch bloß Papiergeld war. Es wäre sicher kein Unglück, wenn die Agrarier ihren notleidenden Volksgenossen ein Geschenk machen müßten, sie sprechen doch so gern von ihrem vaterländischen Opferm. In Wirklichkeit kann von einem Geschenk gar keine Rede sein. Die Preise für das Umlagegetreide sind so bemessen worden, daß die Landwirte reichlichen Ertrag für ihre Produktionskosten erhalten, sie haben nur nicht soviel Gewinne einflecken können, wie ihnen das sonst möglich gewesen wäre.

Nun wird behauptet, daß jede Art von Zwangswirtschaft auch die Umlage eine Steigerung unter so stark sinkenden landwirtschaftlichen Produktion verhindern. Wichtig ist, daß in der Kriegs- und Nachkriegszeit unsere landwirtschaftliche Erzeugung stark zurückgegangen ist, und zwar deshalb, weil es der Landwirtschaft an Arbeitskräften und vor allen Dingen an Düngemitteln fehlte. Das wäre jedoch auch der Fall gewesen, wenn wir die Zwangswirtschaft nicht gehabt hätten. Warum sollte aber, wenn das Umlageverfahren beibehalten wird, die landwirtschaftliche Produktion nicht gesteigert werden können? Es müssen nur der Landwirtschaft die erforderlichen Mengen Düngemittel zur Verfügung gestellt werden und die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die Landwirte zur Anwendung von genügend Dünger zu veranlassen. Wesentlich hat der frühere preussische Landwirtschaftsminister, Herr von Bülow, den Vorschlag gemacht, auf Reichskosten die Düngemittel zu verbilligen, ein Vorschlag, für den aber die Agrarier nicht viel übrig geblieben haben. Es kommt ihnen eben nicht in erster Reihe auf eine Steigerung der Produktion an, sondern auf die Erzielung größerer Gewinne.

Jetzt drohen die Agrarier damit, daß sie das sogenannte landwirtschaftliche Hilfswerk fallen lassen werden, wenn auch das nächste Jahr eine Getreideumlage vorgesehen wird. Das sogenannte Hilfswerk sollte eine von den landwirtschaftlichen Organisationen ausgehende Aktion sein, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion

herbeizuführen, um vor allem die Landwirte zu reichlicher Lünzung ihrer Acker zu bewegen.

In einer Sitzung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft erklärte der Generalsekretär, durch den Umstand, daß die Reichsregierung das feste Angebot der Landwirtschaft auf Sicherung der Brotverorgung mit der Einführung des Getreidegesetzes über die neue Getreideumlage beantwortet habe, sei für die Landwirtschaft eine neue Sachlage geschaffen, Herr Kaiser verlangte, daß die Verhandlungen über das Hilfswerk erst wieder aufgenommen werden, wenn der Reichsausschuss über die Frage des Hilfswerkes unter den veränderten Verhältnissen Beschlüsse gefaßt habe. Das heißt also, wenn von den Landwirten dieses Jahr wieder verlangt wird, daß sie einen Teil ihres Getreides zu ausländischen aber unter der Weltmarktpreise stehenden Preisen abliefern, dann sollen die notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion unterbleiben, dann will man es weiter darauf ankommen lassen, daß Deutschland trotz seiner ungezügeln Vase gewaltige Nahrungs- und Futtermittel aus dem Auslande einführen muß. Der agrarische Nationalismus sieht sich hier wieder einmal in heillosen Glanz.

Unsere Forderung wird sich durch derartige Drohungen nicht einschüchtern lassen und wird weiter für die Erfüllung ihrer Forderungen kämpfen, um die Ernährung der notleidenden Massen zu halbwegs erträglichen Preisen sicherzustellen. Wenn wirklich, wie hier gedroht wird, die Landwirte aus Aut über die Beibehaltung des Umlageverfahrens die landwirtschaftliche Produktion labotieren, so muß durch Maßnahmen des Reiches dafür Sorge getragen werden, daß dieser edle Plan durchgeföhrt wird. Der Vorschlag des Genossen Braun, auf Reichskosten die Düngemittel zu verbilligen, muß wieder aufgenommen werden. Freilich kann jetzt nicht mehr die Rede davon sein, daß die Mittel zur Verbilligung der Düngemittel aus den Taschen der Allgemeinheit genommen werden, sondern die Landwirte müßten sie selbst aufbringen. Man könnte z. B. Zuschläge zu den Grundsteuern für landwirtschaftliche Grundstücke erheben und die so einkommenden Mittel zur Düngerverbilligung verwenden. Diejenigen Landwirte, die ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke tun, und ihren Acker in der genauen Weise düngen, würden durch eine derartige Maßnahme nicht geschädigt, weil sie das, was sie an Steuern mehr zahlen, durch die Verbilligung der Düngemittelpreise wieder ersetzt bekämen. Nur der Landwirt würde geschädigt, der seine Pflicht seinem Volke gegenüber nicht tut.

Da wir leider eine bürgerliche Mehrheit im Reichstage haben, konnten die Agrarier es durchziehen, daß die Wucherfreiheit in so weitem Umfang hergestellt wurde. Mit ihren Anträgen haben unsere Genossen im Reichstage den Kampf für eine bessere Sicherung der Volksernährung von neuem aufgenommen. Sie können sicher sein, daß sie dabei die Unterstützung des arbeitenden Volkes finden werden.

Kölner Exekutivtagung der Zweiten Internationale

Eigene Debatte

Am 22. Mai. Im Kölner Rathaus tagte am Sonnabend und Sonntag eine hartbedachte Konferenz der Exekutive der Zweiten Internationale, die außerordentlich weitgehende Beschlüsse faßte. Im wesentlichen wurden organisatorische und taktische Fragen besprochen, die sich auf die Arbeit bezogen, eine Weltkonferenz aller sozialistischen Parteien einzuberufen. Man beschloß nach langen Erörterungen, für die Kommissionsmitglieder Belgien, Deutschland, Frankreich, England, und Rußland, zu delegieren. Die Kommissionsmitglieder sollten in Berlin zusammenkommen. Ferner wird über die Pläne, eine Sozialistenkonferenz nach dem Haag zur Zeit der dort tagenden Sachverständigenkonferenz einzuberufen, verhandelt. Einmütig war man der Auffassung, daß eine solche Zusammenkunft nur Zweck und Ziel haben kann, wenn sie gemeinschaftlich mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erfolgt. Macdonald berichtete über die Brüsseler Konferenz der Sozialisten Frankreichs, Belgiens und Englands, die sich gegen das Recht irgend einer Nation wendet, gegen ein im Ausland lebendes Deutschland Sanktionen auszusprechen. Erklärte dabei von der Lage ihrer eigenen Länder geben armenische Delegierte und der ungarische Genosse Sztáray. Die Armentler wiesen darauf hin, daß durch das Bündnis Sowjetrusslands mit den Kemalisten die armenische Bevölkerung vollkommener der Willkür der Türken ausgeliefert worden sei, und sie ersuchen, sich auch ihrer Interessen ebenfalls anzunehmen. Sztáray legte ein Memorandum vor, worin die terroristischen Akte der Sozialistische Bewegung ungarischen Sozialdemokratie wärmste Sympathie ausgedrückt wird.

Zum Schluß der Konferenz kam es zu einer einmütigen Kundgebung für die Einheit der Deutschen Sozialisten. Wenn sie es nicht in lazarischer Lage die Absichten der französischen Sozialisten mit ihrer sonderbareren Bestrebungen vor: er erklärte, daß diese Bestrebungen daraus hervorgehen, die politische und wirtschaftliche Einheit der deutschen Sozialisten zu zerschlagen. Wenn sie auch von der Arbeiterschaft unterstützt zurückgewiesen würden, so fänden sie doch bei der agrarischen Bevölkerung des Rheinlandes Anklang, weil man sich Steuerbefreiung und Entlastung von den Reparationsverpflichtungen verspreche. Diese Agitation erregte aber überaus den Kampf der deutschen Sozialdemokratie, der Demokraten und Sozialisten. Die Gewaltmaßnahmen im Rheinland stärkten die deutschnationalen Chauvinisten im Inland und erschwerten die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen.

Das ist eine Kombination von Streik und Wahlpropaganda, die für deutsche Verhältnisse neuartig ist. Solch gewissenlose Mittel, wie sie damit jetzt von den deutschnationalen Agrariern angefangen werden, konnte man bisher bei uns nicht. Es blieb jenen „vaterlandsliebenden“ Getreideproduzenten vorbehalten, die ihre Parteimaschine so weit ausgebaut haben, daß sie sogar ihren eigenen Parteianhängern, soweit sie städtische Verbraucher sind, das Fell über die Ohren ziehen dürfen, ohne daß jene aufwachen. Und alles zu dem allseitsmachenden Zweck, Wucherpreise einzusparen. Die Schwarzweißeroten möchten das deutsche Volk, wie das Beispiel zeigt, herrlichen Zeiten entgegenführen.

Was forderte am Schluß die Delegierten der Internationale an, überall zu wirken, daß die Einheit der Deutschen Reiches gewährleistet bleibe. Sie dürften sich dem Vorstoß der rheinischen Bevölkerung und insbesondere der rheinischen Arbeiter nicht verschließen. Die Ausführungen Wels fanden allgemeine Zustimmung und Billigung.

In einer kurzen Erwiderung erklärte der Sekretär der 2. Internationale Quisling, daß Deutschland keineswegs unter der Politik leiden dürfe, die während des Krieges gegen Belgien geübt worden sei. Noch heute müßten die belgischen Sozialisten bei ihren Bestrebungen unter den Folgen dieser Vortragsungslosigkeit leiden. Die französischen und belgischen Sozialisten haben das größte Interesse an der Erhaltung der deutschen Einheit und werden sich, wo sie nur können, gegen eine Zerrüttung wehren. Die belgischen Sozialisten beabsichtigen, eine Delegation nach dem besetzten Gebiet zu entsenden, um die französisch-belgischen Bestrebungen an Ort und Stelle zu untersuchen. Sie werden auch die französischen Sozialisten zur Teilnahme auffordern.

Mittags gegen 1 Uhr war die Konferenz beendet. Ihre Beschlüsse werden sich zunächst auf die Berliner Tagung der Kommissionsmitglieder auswirken.

Sie verhöhnen den Hungerstreit!

Die Auslandsdelegation der Partei der Sozialisten, Revolutionsrat, welche am 16. Mai verabschiedet angelegten Sozialistischen Parteikongress, belanntlich, in Dungenkreuz, forderte, daß man sie miteinander in Verkehr treten lasse und ihnen die Anklageschrift rechtsseitig mitteile. Dazu erklärte die Anklageschrift, daß die Anklageschrift 48 Stunden vor der Verhandlung dem Gericht mitgeteilt werden muß, und wurde hinzugesetzt, die Angeklagten mögen hungern, bis sie vor Gericht stehen. Das Verlangen nach Aufhebung der Halbesung wurde abgelehnt.